

## Das Thema Flüchtlinge ist für Rechtsextreme zentral

Bianca Klose benennt mit Blick auf die Fragen im Umgang mit Flüchtlingen, welche Gefahren von Rechtsextremisten drohen können. Denn: Gegenwärtig ändert sich vor allem die große Öffentlichkeit, die solche Einstellungen erhalten, und die Akzeptanz, mit der ihnen im Alltag, in der Politik und in den Medien begegnet wird. Wenn dann auch noch, so die Geschäftsführerin der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ Forderungen der Rechtsextremen beispielsweise nach Grenzkontrollen von der Politik erfüllt würden, fühlen sich viele Rassistinnen und Rassisten dadurch zusätzlich bestätigt. Rassistischen Vorurteilen müsse entschieden widersprochen werden – auch und vor allem durch Lokalpolitik und Zivilgesellschaft.

**Frau Klose, die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben im letzten Jahr zugenommen. Was sind die Gründe?**

Bianca Klose: Die Themen Flucht und Asyl sind derzeit in den Medien, Politik und Gesellschaft so präsent wie lange nicht mehr. In die sachliche Diskussion um die steigenden Zahlen von Geflüchteten und deren Unterbringung in Deutschland mischen sich vermehrt auch rassistische Ressentiments und rechtsextreme Positionen. Dazu kommt, dass Flüchtlinge von Politik und Medien oft als bedrohliche Masse dargestellt werden und dass die Menschen, die hier Schutz suchen, nach ihrer Nützlichkeit beurteilt werden.

Flüchtlingsfeindliche Äußerungen von Einzelpersonen, Politikerinnen und Politikern, Parteien oder auch rechtsextremen Organisationen werden plötzlich wieder sagbar. Menschen werden vor laufenden Kameras als „Dreck“ oder „Ratten“ bezeichnet, während bei Facebook einzelne User öffentlich die Inbetriebnahme von Gaskammern fordern. Unzählige andere Aufrufe zu Mord und Gewalt werden von Facebook nicht einmal als Verstoß gegen die Community-Regeln betrachtet. In so einem Klima ist es nicht überraschend, dass gleichzeitig eine steigende Zahl von rassistischen und rechtsextremen Angriffen auf Menschen und Geflüchtetenunterkünfte zu beobachten ist.

**Stimmt es, dass es Teil der Strategie von Rechtsextremen ist, das Thema Flüchtlinge systematisch für ihre Zwecke zu missbrauchen? Wenn ja, wie?**

Absolut. Ein zentrales Element rechtsextremer Mobilisierung gegen Geflüchtete ist die Selbstinszenierung als Vertreter/in der Interessen der „kleinen Leute“ gegen „die da oben“. Daher rufen Rechtsextreme auf ihren Aufmärschen derzeit auch häufig „Wir sind das Volk“. Dabei wird ein Volkswille konstruiert, der von den demokratischen Parteien und der Zivil-

gesellschaft vermeintlich missachtet wird. Ihnen wird sogar unterstellt, gegen die Interessen der Bevölkerung zu handeln und mit den Medien unter einer Decke zu stecken. Für die Rechtsextremen ist dieses Thema zentral, weil es ihre Art ist, soziale Missstände zu thematisieren. Wenn es zu wenig Geld für Betreuungsplätze in Kitas gibt, liegt dies in ihren Augen nicht an einer verfehlten Politik, sondern daran, dass angeblich den Falschen geholfen wird.

**Versuchen Rechtsextreme zusehends, in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften potenzielle Gegner/innen dieser Einrichtungen für ihre Zwecke zu gewinnen? Wie geschieht dies?**

Die Inszenierung als „Vollstrecker des Volkswillens“ oder aber der „Interessen der schweigenden Mehrheit“ funktioniert dort am besten, wo ihr am wenigsten widersprochen wird. Verharmlosende und anbiedernde Äußerungen beispielsweise aus Politik und Medien wirken vielfach als Katalysator. Wo hingegen Vereine, lokale Politik, Kirchen und Anwohner/innen frühzeitig und deutlich Position gegen Rassismus und für Solidarität beziehen, da haben es rechtsextreme Initiativen schwer.

Aber die Strategie der rechtsextremen Szene, die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge mittels von ihnen ins Leben gerufener „Bürgerinitiativen“ konspirativ zu steuern, hat sich nach einer anfänglichen Dynamik mittlerweile totgelaufen. Sie agieren zunehmend wieder mit offenem Visier. Die taktische Zurückhaltung wurde mittlerweile weitgehend aufgegeben.

**Warum ist es überhaupt möglich? Sprich: Kommt nun in Teilen der Bevölkerung gegenüber Fremden etwas zum Ausdruck, das unter der Oberfläche bereits präsent ist, sich aber noch nicht geäußert hat?**

Vielleicht darf ich bei Ihrer Frage anfangen. Wen oder was wir als „fremd“ erleben, hat mehr mit uns und unseren Einflüssen zu tun als mit unserem Gegenüber. Der weiße dänische Krankenpfleger wird manchen Leuten weniger fremd erscheinen als die Physikerin aus Berlin, deren Großeltern aus der Türkei eingewandert sind.

Es geht also um Identität und um Rassismus, und diesen gibt es leider in großen Teilen der deutschen Bevölkerung. Ich glaube auch nicht, dass der sich bislang nicht geäußert hat. Als Spitze des Eisberges haben wir zum Beispiel über 150 Tote durch rechtsextreme und rassistische Gewalt in den letzten 25 Jahren. Aber auch abgesehen von so dramatischen Beispielen wie den Morden des NSU gibt es viele alltägliche Beispiele von Rassismus. Man muss den Betroffenen nur einmal zuhören. Die #schauhin-Kampagne, im Zuge derer viele Menschen ihre Erlebnisse mit Alltagsrassismus in sozialen Netzwerken teilten, kann zum Beispiel ein Zugang sein, um die Perspektive von Betroffenen kennenzulernen.

Was sich derzeit ändert, ist vor allem die große Öffentlichkeit, die solche Einstellungen erhalten, und die Akzeptanz, mit der ihnen im Alltag, in der Politik und in den Medien begegnet wird. Wenn dann auch noch Forderungen der Rechtsextremen beispielsweise nach Grenzkontrollen von der Politik erfüllt werden, fühlen sich viele Rassistinnen und Rassisten dadurch zusätzlich bestätigt.

## Was kann, was sollte gegen diese Entwicklungen getan werden?

Rassistischen Vorurteilen muss entschieden widersprochen werden – auch und vor allem durch Lokalpolitik und Zivilgesellschaft. Erst durch das Aufzeigen von Grenzen wird ein menschenrechtsorientierter Dialog möglich. Zu glauben, dass man mit reiner Sachinformation dem Alltagsrassismus in der Mitte der Gesellschaft beikommen kann, ist leider oft ein Irrglaube. Weiterhin sollten diejenigen gestärkt werden, die sich den Neonazis in den Weg stellen. Zu oft werden solche Menschen zum Problem gemacht, dabei sind sie nicht nur Feuermelder, sondern oft auch Feuerlöscher, wenn es um rechtsextreme Bestrebungen vor Ort geht.

## Haben Rechtsextreme ein zusehends größeres Selbstbewusstsein?

Leider haben sie das. Aber woran liegt das? Im sächsischen Heidenau, wo Rechtsextreme und Anwohner/innen über mehrere Tage gewaltdtätig gegen Flüchtlinge auf die Straße gingen, liegt dies schlicht und ergreifend daran, dass man sie machen ließ. Die Bürger/innen Heidenaus stellten sich ihnen nicht entgegen und die sächsische Polizei hielt sie nicht auf. Solche Beispiele zeigen, wie gefährlich solche Ereignisse auch in ihrer Signalwirkung sein können. Sie zeigen aber auch, wie es anders laufen könnte. Hätten sich schon am ersten Abend auch nur einige hundert Menschen gefunden, die sich den Rassistinnen und Rassisten entgegenstellen, hätte die Polizei die Ausschreitungen konsequent unterbunden, dann hätten diese pogromähnlichen Ausschreitungen sicherlich nicht mehrere Tage gedauert. Aber eine gesellschaftliche Situation, wie ich sie vorhin beschrieben habe, in der rassistische Positionen immer akzeptierter werden, wirkt natürlich für Rechtsextreme und ihre Gewalt wie ein Verstärker. Wir sollten nicht vergessen, dass die späteren Mörderinnen und Mörder des NSU Jugendliche waren, die von den rechtsextremen Ausschreitungen zu Beginn der 90er-Jahre stark geprägt wurden.

## Was sollten politisch Verantwortliche tun?

Was wir jetzt brauchen, ist eine Sensibilisierung lokaler Akteure aus Polizei, Politik und Verwaltung für rechtsextreme Aktivitäten sowie rassistische Stimmungen in der Bevölkerung. Nur auf der Grundlage einer realistischen Problembeschreibung vor Ort können dann erfolgreiche lokale Handlungsstrategien entwickelt werden.

Darüber hinaus ist eine eindeutige Positionierung aus Politik und Verwaltung notwendig. „Wir stehen an der Seite der Flüchtlinge!“ muss die Botschaft lauten. Dazu gehört auch der Schutz von Engagierten, die freiwillig und unentgeltlich Flüchtlinge unterstützen oder sich Rechtsextremen in den Weg stellen.

Wichtig ist zudem eine deutliche Absage an rassistische Positionen innerhalb der örtlichen Wohnbevölkerung. In der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern muss klar differenziert werden zwischen eventuell berechtigten Anliegen bei der Unterbringung von Geflüchteten – wie zum Beispiel der Frage nach genügend Einkaufsmöglichkeiten und Kitaplätzen für alle Einwohner/innen eines Kiezes, inklusive der Flüchtlinge – und den „Sor-

gen und Ängsten“, die eigentlich nur Tarnung für rassistische Ressentiments sind. Letztere sollten als solche klar benannt und deutlich zurückgewiesen werden.

### **Täuscht der Eindruck, wonach zuständige Behörden auf dem rechten Auge oft blind sind?**

Ich glaube, das Bild des blinden Auges führt uns nicht weiter. Was uns wohl weiterbringt, ist zu fragen, ob die entsprechenden Behörden ihre Aufgaben richtig definieren und dementsprechend erfüllen. Ist es zum Beispiel die Aufgabe des Verfassungsschutzes, Neonazis als sogenannte Vertrauensmänner zu führen und damit indirekt rechtsextreme und gewalttätige Strukturen zu finanzieren? Ist es die Aufgabe von Bundespolizisten, Fahrgäste zu kontrollieren, deren Hautfarbe ihnen verdächtig vorkommt?

Oder sollte es nicht vielleicht eher Aufgabe der Polizei sein, Hinweisen von Betroffenen auf ein rassistisches Motiv der Tat verpflichtend nachzugehen? Sollten nicht Behörden vielmehr in der Lage sein, allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder ihrer Anschauungen gleichermaßen Schutz und Unterstützung zu gewähren? Das sind Fragen, die uns auf den richtigen Weg bringen könnten.

### **Welche Impulse aus „der Zivilgesellschaft“ sind möglich und wären zu stärken? Dies auch und vor allem angesichts wachsender Bedrohungen für jene, die sich für Flüchtlinge und/oder gegen rechts engagieren?**

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für Engagement. In vielen Städten machen die Bürger/innen es gerade vor. Vom Willkommensfest über direkte Hilfs- und Spendenaktionen bis hin zu breiten Protesten gegen rechtsextreme Aufmärsche vor Flüchtlingsunterkünften. Wer etwas tun will, findet schnell Verbündete. Gleichzeitig muss man jedoch auch aufpassen, dass wir den Staat nicht aus der Pflicht nehmen. Es kann nicht sein, dass ehrenamtliche Helfer/innen die Aufgaben übernehmen, die klar in der Verantwortung des Staates liegen.

### **Inwieweit sind hierbei auch die Wohlfahrtsverbände wie die AWO gefordert?**

Die Wohlfahrtsverbände können auf verschiedene Art und Weise Position beziehen. Die Schulungen von Mitarbeitenden, um sie in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus zu stärken, sind ein wichtiger Beitrag. Auch als Arbeitgeberin kann die AWO ein Zeichen setzen, indem sie ein Arbeitsklima schafft, in dem potenziell Betroffenen Solidarität und Unterstützung zukommt und klargemacht wird: Rassistische Äußerungen und Handlungen sind mit dem, wofür die AWO steht, nicht vereinbar. Auch als gesellschaftlicher Akteur hat die Stimme der AWO Gewicht. Sie kann sich beispielsweise kritisch zu politischen Vorstößen äußern, die das Asylrecht weiter einschränken, sie sollte sich auch zu Wort melden, wenn antifaschistische Proteste und ehrenamtliches Engagement kriminalisiert oder behindert werden.

Als Wohlfahrtsverband ist die AWO darüber hinaus da gefordert, wo Rechtsextreme versuchen, mit Rassismus und Nationalismus soziale Probleme für sich zu nutzen. Indem die AWO soziale Perspektiven stärkt und Menschen ermöglicht, sich demokratisch und solidarisch für ihre Interessen einzusetzen, leistet sie wichtige Arbeit gegen rassistische Propaganda.

**Angesichts der vielschichtigen Aufgaben, die die Wohlfahrtspflege im „normalen Tagesgeschäft“ zu erledigen hat – Pflegeeinrichtungen, Kitas, Beratungsstellen etc.: Wie kann, wie sollte Rassismus und der Umgang mit Rassismus innerhalb von Organisationen thematisiert werden?**

Für einen Umgang mit Rassismus sind verschiedene Faktoren wichtig. Wie vorhin erwähnt, muss man die Betroffenen ernst nehmen. Lacht der entsprechende Kollege zum Beispiel auch über den diskriminierenden Spitznamen, den die anderen ihm gegeben haben und der auf seine Herkunft anspielt? Und wie fühlen sich andere Kolleginnen und Kollegen, wenn sie solche Bezeichnungen hören?

Zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit Rassismus gehört auch eine Offenheit dafür, das eigene Verhalten und Denken zu überprüfen. An welchen Punkten hat Rassismus darauf Einfluss? Verabschieden wir uns von einer Diskussionskultur, in der man entweder 100 Prozent rassistisch oder 100 Prozent nicht-rassistisch ist. Wir müssen eine Kultur der Auseinandersetzung etablieren, die Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis versteht, in dem wir uns bewegen, das uns prägt. Dieses Anerkennen scheint mit eine wichtige Bedingung dafür zu sein, Rassismus abzubauen.

Interview: Peter Kuleßa

#### **Bianca Klose**

ist Geschäftsführerin des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V. Im Juli 2001 gründete sie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), die sie bis heute leitet. Ein Schwerpunkt ihrer Beratungsarbeit liegt auf dem Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur im öffentlichen Raum sowie mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Veranstaltungsräume. 2012 wurde Bianca Klose stellvertretend für die Arbeit des Projektes vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit für ihr jahrelanges Engagement mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet.

E-Mail: bianca.klose@mbr-berlin.de